

Liebe Freunde,

am 16. Juni ist Helmut Kohl verstorben. Als bisher am längsten amtierender Bundeskanzler hat er sich bleibende Verdienste um die deutsche Einheit und die europäische Einigung erworben und unser Land über viele Jahre geprägt.

Helmut Kohl war ein Mann mit festen Wertvorstellungen auf der Basis des christlichen Menschenbildes. Aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs setzte er sich früh für die Aussöhnung mit Frankreich und die europäische Einigung ein. Er hat an seinen Überzeugungen auch gegen den Zeitgeist festgehalten. Dies galt etwa für den NATO-Doppelbeschluss, aber in ganz besonderem Maße für seinen festen Glauben an die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, die er mit beherztem Handeln zum richtigen Zeitpunkt erst möglich gemacht hat. Als überzeugter Europäer hat er stets Wert gelegt auf die Abstimmung mit unseren Partnern in Europa. Auf sein Wort war Verlass. So hat er sich großen Respekt und Vertrauen auf europäischer und internationaler Ebene erworben. Dadurch konnte er die deutsche Einheit im Einvernehmen mit unseren Nachbarn und Partnern vollenden und den Weg frei machen für die Überwindung des Eisernen Vorhangs.

Die Zeit der Einheit ist bis heute prägend für viele Deutsche. Die Bilder von Mauerfall und Wiedervereinigung werden wir nie vergessen. Unser Land hat Helmut Kohl unendlich viel zu verdanken. Sein Erbe eines friedlichen Deutschlands in einem vereinten Europa ist für uns nicht nur Verpflichtung aus der Vergangenheit, sondern – wie bereits am Politischen Montag in Velden betont – Auftrag für die Zukunft. Wir verneigen uns vor dieser großen Lebensleistung!




Florian Oßner MdB



Pflegeberufe

Viel für die Pflege in dieser Wahlperiode erreicht > S. 2



Auslandseinsätze der Bundeswehr

Abzug aus Incirlik: Klares Zeichen gesetzt > S. 3



Telekommunikation

Zugriffsmöglichkeit auf Messenger-Dienste wie WhatsApp beschlossen > S. 4

Weitere Themen

Kommentar Demografischer Wandel „Die Potentiale der Menschen nutzen“ > S. 5

Interview zur Tourismuspolitik „Bayern hat einfach das beste Angebot“ > S. 6

Parteienfinanzierung Staat muss nicht diejenigen finanzieren, die ihn beseitigen wollen > S. 8

Gedenken an Helmut Kohl Hasselfeldt: „Unser Land hat Helmut Kohl viel zu verdanken“ > S. 9

Gedenken an SS-Massaker Hasselfeldt in Oradour: Viel an gegenseitigem Vertrauen gewachsen > S. 10

Verschiedenes Termine der Woche > S. 12

Pflegeberufe

Viel für die Pflege in dieser Wahlperiode erreicht



© picture alliance/westend61

„Wir kümmern uns um gute Pflege“ – dieses Versprechen hat die CSU-Landesgruppe gehalten. Nachdem die Abgeordneten bereits in dieser Wahlperiode eine grundlegende Reform der Pflegeleistungen auf den Weg gebracht haben, haben sie am Donnerstag die Neuordnung der Pflegeberufe verabschiedet und diese damit fit gemacht für künftige Herausforderungen.

„Die Reform der Pflegeausbildung ist der Schlussstein in einer Reihe von Pflegegesetzen, mit denen wir die Pflege reformiert haben“, stellte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein (CSU) in seiner Rede fest. Und Erich Irlstorfer (CSU) ergänzte: „Wir haben in dieser Wahlperiode für die Pflege in Deutschland – und damit für die Menschen – viel erreicht.“ Wichtig war den Abgeordneten, dass auch bei steigender Anzahl Pflegebedürftiger ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht. Künftig beginnt in allen Pflegeschulen die Ausbildung mit einer zweijährigen einheitlichen Pflegeausbildung. Nach dem zweiten Ausbildungsjahr entscheiden die Pflegeschüler, ob sie im dritten Jahr die allgemeine Ausbildung mit einem bestimmten Schwerpunkt fortsetzen oder sich auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren möchten. Dann setzen sie die Ausbildung separat fort. Die Schulen müssen – soweit die Möglichkeit nicht schulintern besteht – das Angebot durch Kooperation mit anderen Schulen sicherstellen. Die Einzel-Ausbildung zur Krankenpflege gibt es nicht mehr. Sie wird durch die generalistische Pflegeausbildung ersetzt. Fachkräfte mit dieser Ausbildung sollen künftig in allen drei Berufsfeldern einsetzbar sein. Damit ist der Rahmen vorgegeben. Die Inhalte werden durch eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung festgelegt, der der nächste Bundestag zustimmen muss. Darauf wies Georg Nüßlein in seiner Rede explizit hin.

Abschluss zum Pflegeassistenten schon nach zwei Jahren

Auszubildende, die bereits nach zwei Jahren ihre Ausbildung beenden, können einen Abschluss zum Pflegeassistenten erwerben. Die Einsatzmöglichkeiten danach sind flexibel. Damit sind die Abgeordneten der Sorge entgegengetreten, dass Schüler mit Hauptschulabschluss mit der neuen Ausbildung überfordert sein könnten. „In meinem Bundesland arbeiten bis zu 40 Prozent Hauptschüler in der Altenpflege“, machte Nüßlein deutlich. Es mache deshalb überhaupt keinen Sinn, die ganze Ausbildung so hoch zu hängen, dass man diese wichtigen Leute, die mit Fachkenntnis, aber auch mit Empathie pflegen, am Schluss verliert. Zudem wird es – wie in der Altenpflege-Ausbildung bislang üblich – kein Schulgeld mehr geben. Die Finanzierung erfolgt über einen gemeinsamen Ausbildungsfonds. Die Neuregelungen sollen erstmals für die Ausbildungsjahrgänge ab 2020 gelten.

Überprüfung nach sechs Jahren

Nach sechs Jahren Umsetzung der neuen Ausbildung erfolgt eine Auswertung. Haben mehr als 50 Prozent den generalistischen Abschluss gewählt, sollen die eigenständigen Berufsabschlüsse auslaufen. Über die Abschaffung oder Beibehaltung entscheidet der Bundestag.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Abzug aus Incirlik: Klares Zeichen gesetzt



© Bundeswehr/Meike Reetz

Über Monate hinweg wurde mit der türkischen Regierung über Besuchsmöglichkeiten von Abgeordneten bei den Bundeswehrsoldaten im türkischen Incirlik gerungen – ohne Erfolg. Nun haben die Koalitions-Abgeordneten mit einer EntschlieÙung zur Truppenverlegung nach Al Azraq ein klares Zeichen gesetzt. Zudem verlängerten sie die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo.

„An einem solchen Punkt muss man die Kraft haben, ein Zeichen zu setzen“, machte Reinhard Brandl (CSU) in der Bundestagsdebatte zu Incirlik deutlich. Denn: „Ein Grundrecht kann man nicht gegen ein Besuchsrecht eintauschen.“ Die Türkei hatte das Besuchsrecht der Abgeordneten daran gekoppelt, dass türkischen Soldaten und Beamten kein Asyl in Deutschland gewährt wird. Mit dieser nicht akzeptablen Forderung verweigerte die Türkei den Parlamentariern eines NATO-Partners endgültig das Besuchsrecht. Diese Entscheidung der Türkei widerspricht dem Wertekanon der NATO und erschwert unnötig den Kampf der Staatengemeinschaft gegen das terroristische Regime des sogenannten Islamischen Staates (IS).

Parlamentsarmee Bundeswehr

Die Bundesregierung hatte sich bereits nach einem letzten gescheiterten Einigungsversuch von Außenminister Sigmar Gabriel in Ankara vor zwei Wochen für die Verlegung entschieden. Auch wenn eine Änderung des Mandats dafür nicht erforderlich war, wollten die Abgeordneten mit ihrer EntschlieÙung ein klares Zeichen setzen: Die Auslandseinsätze der Bundeswehr als Parlamentsarmee werden vom Bundestag mandatiert und müssen durch diesen auch kontrolliert werden können. Dazu gehört die grundsätzliche Besuchsmöglichkeit durch Abgeordnete. Das Verhalten der Türkei zwingt Deutschland zur Verlegung von sechs Tornado-Aufklärungsflugzeugen, einem Tankflugzeug und rund 260 Soldaten. Diese sollen so schnell wie möglich auf die jordanische Luftwaffenbasis Al Azraq verlegt werden.

Kosovo-Einsatz verlängert

Am Donnerstag haben die Abgeordneten in namentlicher Abstimmung zudem die Verlängerung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz in Kosovo (KFOR) gebilligt. Der 1999 begonnene Einsatz hat zu einer zunehmenden Befriedung der Lage in der krisengeschüttelten Region geführt. Damit hat sich der Schwerpunkt des Einsatzes immer mehr von Eingreifkräften zu Aufklärungs- und Beratungstätigkeiten verschoben. In Anbetracht der insgesamt stabilen Lage soll die Personalobergrenze von 1.350 auf 800 Soldaten abgesenkt werden. Florian Hahn, verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, hob in seiner Rede hervor: „Nur in einem sicheren Umfeld sind politische Fortschritte und Entwicklungen möglich.“

Telekommunikation

Zugriffsmöglichkeit auf Messenger-Dienste wie WhatsApp beschlossen



© picture alliance / empics

Künftig dürfen die Ermittlungsbehörden bei schwerer Kriminalität und Terrorismus auch auf die Kommunikation über WhatsApp und andere Messenger-Dienste zugreifen. Die Abgeordneten verabschiedeten am Donnerstag das „Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens“. Darin enthalten ist auch eine eigene gesetzliche Grundlage für die Anwendung der Quellen-Telekommunikations-Überwachung (Quellen-TKÜ).

„Mit der heute vom Bundestag beschlossenen Reform der Strafprozessordnung stellen wir unsere Strafverfolgungsbehörden zeitgemäß auf“, machte der innen- und rechtspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Michael Frieser, deutlich. „Bereits heute dürfen SMS und Telefongespräche überwacht werden. Es ist nur folgerichtig, wenn wir unseren Ermittlern bei bestimmten Straftaten erlauben, künftig auch die Kommunikation über Kurznachrichtendienste wie beispielsweise WhatsApp zu überwachen.“ Die herkömmliche Telekommunikationsüberwachung führt oft nicht weiter, seitdem die Täter verschlüsselte Messenger-Dienste nutzen und per Telefon kaum noch kommunizieren. Laut Bundeskriminalamt erfolgt nur noch 15 Prozent der zu überwachenden Kommunikation unverschlüsselt.

Staat muss technologisch Schritt halten

Mit der Gesetzesänderung stellen CDU und CSU sicher, dass Kriminelle und Terroristen für die Planung und Ausführung von Verbrechen nicht weiterhin völlig unbehelligt von den Ermittlungsbehörden über verschlüsselte Kurznachrichtendienste kommunizieren können. Der Staat muss technologisch Schritt halten, um insbesondere Terrorismus und organisierte Kriminalität weiterhin effektiv bekämpfen zu können. Die Verschlüsselung selbst soll nicht angegriffen werden. Vielmehr sollen die Daten vor der Verschlüsselung oder nach der Entschlüsselung abgegriffen werden. Technisch kann dies über eine spezielle Software erfolgen. Außerdem schafft die Union die Voraussetzungen für die sogenannte Online-Durchsuchung. Damit können die Strafverfolger – in eng begrenzten Ausnahmefällen – beispielsweise die Nutzung eines fremden PC überwachen und dort gespeicherte Daten ohne Wissen des Betroffenen aufzeichnen. „So ermöglichen wir effiziente Strafverfolgung auf der Höhe der Zeit und zu unser aller Sicherheit“, erklärte Frieser.

Hohe strafprozessuale Hürden

Die Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung sind gewichtige Grundrechtseingriffe. Sie sind aber dann gerechtfertigt, wenn es um schwere Kriminalität und insbesondere Terrorismus geht. Die in Frage kommenden Delikte sind abschließend im Gesetz aufgelistet. Außerdem hat der Gesetzgeber weitere hohe strafprozessuale Hürden wie den Richtervorbehalt aufgestellt, um den Schutz der Grundrechte zu gewährleisten. Auch die technischen Hürden sind so hoch, dass ihr Einsatz schon deshalb nur bei schwerster Kriminalität in Frage kommt.

Kommentar Demografischer Wandel

„Die Potentiale der Menschen nutzen“



© picture alliance/beyond

In seinem Kommentar zum Kinder- und Jugendbericht sowie zur Lage der älteren Generation macht Michael Frieser, Fraktions-Beauftragter für den demografischen Wandel, deutlich, wie sich die CSU für die erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels einsetzt. Wichtig sei vor allem, die Potentiale der Menschen zu nutzen.

VON MICHAEL FRIESER



© Thomas Lothar

Der Deutsche Bundestag diskutierte in dieser Woche den 15. Kinder- und Jugendbericht sowie den siebten Bericht zur Lage der älteren Generation. Diese Gruppen sind vor allem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels von Bedeutung. Dabei dürfen die berechtigten Interessen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sowohl in den Berichten als auch den Debatten wurde deutlich, dass die Bundesregierung mit ihrer 2012 beschlossenen Demografiestrategie und der 2015 verabschiedeten Weiterentwicklung der Strategie die Herausforderungen erkannt und richtige Maßnahmen ergriffen hat.

Es geht uns vor allem um die Frage, wie wir die Potentiale der Menschen nutzen. Dabei sind zwei Aspekte zentral, die sich in beiden Berichten wiederfinden: Bildung und Maßnahmen zur Reduzierung von Armut. Hierbei schließen sich zwei Bögen vom Jugend- zum Altenbericht. Unser Ziel ist es, durch bestmögliche Unterstützung bei Schul- und Berufsbildung die Potentiale aller zu nutzen und diesen somit eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Denn Arbeit ist nach wie vor die beste Versicherung gegen Armut, besonders im Alter. Gleichzeitig gilt es, auch ältere Menschen weiter zu qualifizieren und ihnen Beschäftigungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Mit den beschlossenen Maßnahmen erreichen wir nicht nur die Schwächsten, sondern bieten auch älteren Menschen zahlreiche Möglichkeiten, sich weiterhin einzubringen. Ein Gewinn für alle.

Im Zusammenhang mit den Potentialen der Menschen denken wir als CSU zudem an die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort. Im Gegensatz zu den politischen Mitbewerbern haben wir die ländlichen Räume nicht aufgegeben und treten nach wie vor für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ein. Die CSU widmet sich einer erfolgreichen Gestaltung des demografischen Wandels.

Interview zur Tourismuspolitik

„Bayern hat einfach das beste Angebot“



© picture alliance/arco images GmbH

Urlaub in Deutschland boomt. Das geht aus dem tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung hervor, der am Freitag im Bundestag debattiert wurde. Warum Bayern mit Abstand das beliebteste Bundesland ist, erklärt Daniela Ludwig, tourismuspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, im Interview.

Frau Ludwig, wie hat sich der Tourismus in Deutschland und speziell in Bayern denn entwickelt?



© Michael Naumberger

Die Tourismusbranche in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Das siebte Jahr in Folge wächst der Tourismus in unserem Land überdurchschnittlich. 447 Millionen Übernachtungen im vergangenen Jahr sind beeindruckend. Und was besonders wichtig ist: Es wachsen alle Bereiche – von Camping über Kongresse bis hin zu den Ferienparks.

Das mit Abstand beliebteste Bundesland ist seit Jahren der Freistaat Bayern. Mit über 90 Millionen Übernachtungen in 2016 wurde der bisherige Rekord aus dem Vorjahr um 2,6 Millionen übertroffen. Unser

Erfolg erklärt sich unter anderem damit, dass Bayern ein breit gefächertes Angebot für fast jeden Urlaubswunsch bietet – vom Wandern über Skifahren und vieles mehr. Befragt man Urlauber, warum sie sich gerade für dieses Reiseziel entschieden haben, werden seit Jahren als führende Argumente Landschaft und Natur genannt. Bei diesem Reisegrund hat Bayern einfach das beste Angebot.

[> weiterlesen](#)

Die Tourismusbranche boomt. Welchen Anteil hat die Politik an diesem Erfolg und wie unterstützt sie die Branche?

Das Wachstum ist weltweit sehr unterschiedlich verteilt. Das wichtigste Argument, das für einen Urlaub in Deutschland spricht, ist die Sicherheit. Neben Qualität und Preis-Leistungs-Verhältnis ist es derzeit das bestimmende Thema. Darüber hinaus ist der Ausbau unserer Infrastruktur enorm wichtig für den Tourismus. Das Investitionsprogramm des Bundesministers für Verkehr und Digitale Infrastruktur leistet daher einen wesentlichen Beitrag.

Ein Schwerpunkt dieser Wahlperiode war, die touristische Attraktivität des ländlichen Raums zu steigern. Was haben Sie hierfür auf politischer Ebene unternommen und können Sie uns ein Beispiel aus Bayern nennen?

Die Entwicklung des ländlichen Raums ist überaus erfolgreich. Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern haben im Vergleich zu 2012 ein Wachstum von durchschnittlich 6,5 Prozent zu verzeichnen. Das ist höher als das Wachstum in Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern.

Die vom Bund in dieser Wahlperiode finanzierte Themenkampagne „Tradition und Brauchtum“ hat gerade für den Tourismus im Freistaat einen ganz wichtigen Akzent gesetzt.

Parteienfinanzierung

Staat muss nicht diejenigen finanzieren, die ihn beseitigen wollen



© picture alliance/dpa

Verboten hat das Bundesverfassungsgericht die NPD im Januar trotz ihrer Verfassungsfeindlichkeit, die das Gericht ausdrücklich festgestellt hat, nicht. Aber die Richter betonten die Möglichkeit, der Partei die staatlichen Finanzhilfen zu streichen. Die Voraussetzungen dafür haben die Abgeordneten nun am Donnerstag mit einer Grundgesetzänderung geschaffen.

„Wer Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit angeht und sie nicht zur Grundlage seines Handelns macht, der hat in unserer wehrhaften Demokratie keinen Platz und darf auch nicht finanziert werden“, stellte Volker Ullrich (CSU) im Bundestag unmissverständlich klar. Im Januar dieses Jahres hatte das Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) abgelehnt und sich damit gegen ein Parteiverbot nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes ausgesprochen. Das Gericht hatte zwar festgestellt, dass die Ziele der NPD und das Verhalten ihrer Anhänger gegen die Menschenwürde und den Kern des Demokratieprinzips verstoßen. Zudem sei die Programmatik der NPD auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet. Dennoch wurde die Partei – trotz Verfassungsfeindlichkeit – aufgrund ihrer derzeit geringen politischen Einflussnahme nicht verboten. Damit habe das Bundesverfassungsgericht eine neue Kategorie geschaffen, so Ullrich: die Kategorie „verfassungsfeindlich, aber derzeit nicht relevant“. „Unsere Aufgabe ist es, auf diese neue Kategorie zu antworten“, erklärte er.

Finanzielle Unterstützung entziehen

Gleichzeitig hatte das Gericht in seinem Urteil auf die Möglichkeit hingewiesen, solchen politischen Parteien die staatliche Teilfinanzierung zu entziehen. Mit der Änderung des Grundgesetzartikels 21 können künftig politische Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden, wenn „ihre Zielsetzung oder das Verhalten ihrer Mitglieder gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist“. Außerdem sollen die steuerlichen Begünstigungen für die Parteien und für Zuwendungen an diese entfallen. Denn, so Ullrich: „Der Staat muss nicht diejenigen finanzieren, die ihn beseitigen wollen.“ Im Übrigen gelte das auch für zukünftige extremistische Parteien – egal, ob von links oder rechts.

Festgestellt wird der Ausschluss durch das Bundesverfassungsgericht. Er erfolgt für die Dauer von sechs Jahren. Dies regelt das „Gesetz zum Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung“, das ebenfalls am Donnerstag verabschiedet wurde. Im Falle einer Auflösung und Gründung einer Nachfolgepartei, um so den Ausschluss zu umgehen, ist ein vereinfachtes Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorgesehen.

Gedenken an Helmut Kohl

Hasselfeldt: „Unser Land hat Helmut Kohl viel zu verdanken“



© picture alliance/dpa

„Mit Helmut Kohl verlässt uns der Kanzler der Einheit, der unser Land über lange Jahre geprägt hat“, so Gerda Hasselfeldt zum Tode von Helmut Kohl. Der Altkanzler ist vergangenen Freitag nach langer Krankheit im Alter von 87 Jahren gestorben. Am Donnerstag würdigte Bundestagspräsident Norbert Lammert den herausragenden Staatsmann mit Gedenkworten im Bundestag.

„Wir verdanken es wesentlich ihm, dass sie heute Realität ist, die friedliche Einheit unseres Landes in einem freien und befriedeten Europa“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). Er würdigte Kohl in einer bewegenden Rede zu Beginn der Bundestagssitzung am Donnerstag: „Helmut Kohl war ein Glücksfall für Deutschland und Europa“.

„Unser Land hat Helmut Kohl unendlich viel zu verdanken“, erklärte Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, vergangenen Freitag direkt nach der Nachricht vom Tod Kohls. Die CSU-Landesgruppe trauert um einen der bedeutendsten Politiker in der deutschen Nachkriegsgeschichte. „Er hat Deutschland geprägt, wie kaum ein anderer. Mit ihm verliert die Union, verliert ganz Deutschland einen großen Staatsmann“, schrieb sie in einem Nachruf.

Helmut Kohl sei ein Mann gewesen, der an seinen Überzeugungen auch gegen den Zeitgeist festgehalten hat. „Dies galt für den NATO-Doppelbeschluss, aber in ganz besonderem Maße für seinen festen Glauben an die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, die er mit beherztem Handeln zum richtigen Zeitpunkt erst möglich gemacht hat.“

Auf Kohls Wort war Verlass, so hat er sich großen Respekt und Vertrauen auf europäischer und internationaler Ebene erworben. Hasselfeldt: „Dadurch konnte er die deutsche Einheit im Einvernehmen mit unseren Nachbarn und Partnern vollenden und den Weg frei machen für die Überwindung des Eisernen Vorhangs.“ Ohne Helmut Kohl, davon ist Hasselfeldt überzeugt, wäre es nicht zur Wiedervereinigung gekommen. „Mit großer Dankbarkeit erinnere ich mich an die gemeinsame Zeit im Kabinett zurück, als wir die deutsche Einheit gestalten durften. Die Zeit der Einheit ist bis heute prägend für viele Deutsche.“

Helmut Kohl war von 1982 bis 1998 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Damit war kein Bundeskanzler bisher länger im Amt als er. Für den 1. Juli ist zum ersten Mal in der Geschichte ein europäischer Trauerakt im Europaparlament in Straßburg geplant. Nach einer anschließenden Totenmesse im Dom in Speyer wird Kohl auf einem Friedhof in der Stadt beigesetzt. Zudem wird es am kommenden Dienstag eine Totenmesse in der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin geben.

GEDENKEN AN SS-MASSAKER

Hasselfeldt in Oradour: Viel an gegenseitigem Vertrauen gewachsen



© Jean Leplant

Es war eine Reise in die Vergangenheit – und doch führt sie in die Zukunft. Gerda Hasselfeldt war erneut im französischen Oradour-sur-Glane, um gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron am 10. Juni an einer Gedenkveranstaltung teilzunehmen.

Die Gemeinde Oradour-sur-Glane, nahe der Stadt Limoges gelegen, steht für ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte: Die dort errichtete Gedenkstätte erinnert an ein Massaker der Waffen-SS im Jahr 1944, bei dem 642 Dorfbewohner ermordet wurden.

Bereits 2007 nahm Hasselfeldt als erste Bundespolitikerin an der Gedenkzeremonie in der französischen Gemeinde teil – damals noch inoffiziell. Es sei seitdem viel an gegenseitigem Vertrauen aufgebaut worden, so Hasselfeldt. „Ich bin glücklich und auch ein wenig stolz, dass so viele Freundschaften zwischen uns entstanden sind“, sagte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe weiter. Das hätte sie in Anbetracht des unermesslichen Leids nicht erwarten können.

Sie wisse noch sehr genau, was sie beim ersten Gang 2007 durch die Ruinen des zerstörten Oradour und das Erinnerungszentrum gefühlt habe. „Die tiefe Erschütterung über das, was ich dort gesehen habe, bewegt mich bis heute. Ich werde sie niemals vergessen. Der Schmerz der Hinterbliebenen war noch sehr groß, als ich das erste Mal nach Oradour kam“, so Hasselfeldt in ihrer Rede am Vorabend der Gedenkveranstaltung zum 73. Jahrestag des Massakers.

[> weiterlesen](#)



© CSU-Landesgruppe

von links: Bürgermeister von Oradour Lacroix, Bezirkstagspräsident von Mittelfranken Bartsch, Präsident Macron, Generalkonsul von Bordeaux Krug, Gerda Hasselfeldt, Zeitzuge Hébras

Mittlerweile ist Hasselfeldt zum vierten Mal in Oradour. Hasselfeldts Bemühungen ist es auch zu verdanken, dass sich die Bundesrepublik Deutschland mit einer beträchtlichen Summe an der Sanierung der symbolträchtigen Kirche Saint Martin beteiligt. Sie sei ein wunderbares Symbol für Versöhnung und Verständigung. „Die Kirche in der neu erbauten Gemeinde von Oradour weist in die Zukunft, sie ist ein Symbol für die christlichen Werte der Mitmenschlichkeit, die ohne Glaube, Hoffnung und Liebe nicht denkbar sind“, so Hasselfeldt.





Termine der Woche

© picture alliance/Bildagentur online

Werkstatt-Konferenz 2017: Mehr Teilhabe an Arbeit



Auf Einladung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fand am Montag in Berlin eine Konferenz statt, um neue Perspektiven für die Arbeit in Werkstätten auszuloten. Mit Experten wurde unter anderem darüber gesprochen, wie Werkstätten Menschen mit Behinderung für den ersten Arbeitsmarkt befähigen können und wie sich die neuen Mitbestimmungsrechte für Werkstatträte in der Praxis auswirken. Auch wie das neue „Budget für Arbeit“ ein Erfolg werden kann, wurde diskutiert. Astrid Freudenstein (CSU) wies darauf hin, dass Inklusion kein Zustand sondern ein Prozess ist, bei dem alle gefordert sind – Unternehmen, Träger, Politik und Betroffene. Alle müssten an einem Strang ziehen.

[Mehr zur Veranstaltung](#)

Fachgespräch Europäische Verteidigungsunion



Wie können die Weichen für eine leistungsfähige Verteidigungsunion richtig gestellt werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Fachgesprächs zur europäischen Verteidigungsunion, zu dem die Unionsfraktion am Mittwoch in den Bundestag geladen hatte. Bundesverteidigungsministerin von der Leyen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Militär diskutierten über Schwerpunkte einer Verteidigungsunion und die Sicherheitspolitik als integrierenden Faktor für die Europäische Union. Florian Hahn, verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, hält es für wichtig, weniger auf der Makroebene zu bleiben, sondern tatsächlich Dinge in der Praxis umzusetzen. Da sei man aber auf einem guten Weg.

[Die Veranstaltung im Mitschnitt](#)

CDU/CSU-Kongress: Radfahren in der Stadt



Radfahren wird immer beliebter: Umweltbewusst, gesund und kostengünstig bewegen sich immer mehr Menschen auf dem Zweirad fort. Mit ihrem Kongress „Radfahren in der Stadt“ hat die CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch Chancen und Herausforderungen des urbanen Radverkehrs beleuchtet. Die Frage war, welche Maßnahmen erforderlich sind, um sicheres städtisches Radfahren zum Wohle aller Verkehrsteilnehmer weiter voranzubringen. Der verkehrspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Ulrich Lange, machte deutlich: „Mir ist wichtig, dass wir eine gemeinsame Kultur des Miteinanders zwischen den einzelnen Mobilitätsträgern finden. Das ist sicherlich vor allem etwas, dass in den Köpfen stattfinden muss.“

[Hier gehts zur Veranstaltung](#)

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@dcuclu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Pleyer Landshut

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.